Presseerklärung

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen**

Band (Jahr): **7 (1981)**

Heft 6

PDF erstellt am: **04.06.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-359537

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

EIN KOMMENTAR ZU DEN LINKEN

Acht Parteien und ihre Frauenkommissionen haben wir in den letzten Nummern der "Emanzipation" kennengelernt, je vier aus dem bürgerlichen und dem linken Lager. In einem ersten Kommentar zu den Frauenkommissionen der bürgerlichen Parteien haben wir zu diesen bereits Stellung genommen. Wir mussten feststellen, dass die Arbeit dieser Frauen oftmals ein Leerlauf ist, vergebene Liebesmühe, da die Partei als Ganzes nicht bereit ist, in Sachen Besserstellung der Frau Wesentliches zu tun.

Wie steht es jetzt aber mit den linken Parteien? Unbestritten ist die Politik in Frauenfragen der PdAS, POCH, SPS und SAP auch auf diesem Gebiet fortschrittlicher, als diejenige der bürgerlichen Parteien. Aber die Rolle der Frauenkommissionen dünkt uns in vielen Punkten ebenfalls fragwürdig. Auch die linken Frauen kommen nur in kleinen Schrittchen vorwärts, auch sie sind in den Parteigremien untervertreten, auch sie werden von den Parteikollegen oft nicht ernstgenommen. Es wäre interessant zu wissen, wieviele fortschrittliche Positionen dieser Parteien in Frauenfragen wirklich auf die Arbeit der Frauenkommissionen zurückzuführen sind, ob solche Positionen nicht vielmehr aus taktischen Gründen eingenommen werden, oder im Zug der gesamtpolitischen Entwicklung eingenommen werden müssen, vielleicht auch der Arbeit einer einzelnen Frau zu verdanken sind.

Im Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien beschränken sich die linken Frauenkommissionen aber nicht nur darauf, ihre Partei in Frauenfragen zu beraten. Wir stellten fest, dass in mindestens drei der vier vorgestellten linken Parteien eifrig Theoriediskussionen geführt werden. Unklar blieb aber trotz allem, wozu genau diese Diskussionen gut sind. Sollen sie lediglich das Theorie-Bedürfnis der Frauen befriedigen? Sollen sie die Partei auch auf theoretischer Ebene auf den 'richtigen' Standpunkt bringen? (Dann müssten diese Diskussionen aber von Anfang an von der Gesamtpartei geführt werden). Werden diese Diskussionen zuhanden der autonomen Frauenbewegung geführt, um deren 'Theoriemanko' zu beheben?

Im Lauf unserer Gespräche mit linken Parteifrauen fiel uns auch immer wieder auf, wieviel Arbeit doppelt und dreifach geführt wird (z.T. erst noch von denselben Frauen): Die Diskussionen der verschiedenen Parteien sind sich ähnlich, aber auch die Diskussionen von Parteien und Frauenorganisationen.

Wir würden gern mit diesen Frauen näher zusammenarbeiten, wir wüssten gern, welches ihre Standpunkte sind, was sie in ihren Parteien für Arbeit leisten Und am liebstem würden wir dies natürlich in der OFRA tun, einerseits um Zweigleisigkeiten zu verhindern, vor allem aber, um die OFRA so pluralistisch wie irgend möglich zu machen.

Vroni Schaller
Marlene Staeger

Kanton Solothurn

Bei den Gemeinderatswahlen im Kanton Solothurn ist es gelungen, gleich **3 OFRA-Frauen in Gemeindeparlamente** zu delegieren.
Es wurden gewählt:
In Biberist: Ruth Weibel (POCH)
In Grenchen: Irene Fringeli (ALU = Aktion Leben und Umwelt)
In Olten: Edith Stebler (POCH)

WIR GRATULIEREN!

KEINE DISKUSSION WERT

In der Sommersession des Nationalrates lag die Interpellation von Ruth Mascarin (POCH) zu den Offiziersschiessen auf Bilder nackter Frauen vor. Ihr Antrag, darüber zu diskutieren, wurde mit 66 : 30 Stimmen abgelehnt, übrigens auch von den bürgerlichen Frauen. Anscheinend ist ihnen das Thema keine Diskussion wert. Dass die Herren dagegen waren, ist ja klar. Es ist ihnen doch wahrscheinlich allzu peinlich, oder verständlich?
Ruth Mascarin hat sich im übrigen von der Antwort des Bundesrates unbefriedigt erklärt.
Monique Bauer von den Liberalen hat als Ständerätin nochmals einen Anlauf genommen und alle Parlamentarierinnen zu einer gemeinsamen Sitzung eingeladen.

BUNDESRAT: NEIN ZUR MSV!

Die Volksinitiative " für einen wirksamen Mutterschutz" ist ohne Gegenvorschlag abzulehnen, weil ihren Begehren "weitreichend" im Rahmen der kommenden Teilrevision der Krankenversicherung Rechnung getragen werden kann. Dies ist die Meinung des Bundesrats. Die von der Ofra und anderen Gruppen der neuen Frauenbewegung, von den Gewerkschaften und allen linken Parteien lancierte Initiative wurde im Jan. 80 mit 135'849 gültigen Unterschriften eingereicht. Mit einem neuen Verfassungsartikel soll der Bund verpflichtet werden, eine obligatorische und allgemeine Mutterschaftsversicherung einzurichten, die aus Beiträgen der öffentlichen Hand und – nach dem Muster der AHV – aus Beiträgen der Erwerbstätigen zu finanzieren wäre. Verlangt wird v.a. die Deckung aller infolge Schwangerschaft und Geburt entstehenden Arzt-, Spital- und Pflegekosten, ein vollbezahlter Mutterschaftsurlaub von mindestens 16 Wochen, ein Elternurlaub von 9 Monaten für erwerbstätige Eltern und ein umfassender Kündigungsschutz.

Presseerklärung

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 27. Mai zu den Anliegen der Initiative "Für einen wirksamen Mutterschutz" Stellung bezogen. Der Ausschuss des Koordinationskomitees erachtet den Vorschlag des Bundesrats als völlig ungenügend, die Anliegen der Initiative in der anstehenden Teilrevision der Krankenversicherung zu berücksichtigen. Zwei Hauptforderungen der Initiative, der Kündigungsschutz während der gesamten Dauer der Schwangerschaft, dem Schwangerschaftsurlaub und dem 9monatigen Elternurlaub, können nur über Änderungen im Arbeitsrecht erreicht werden.
Zudem werden die Anliegen der Initiative mit dem Vertrösten auf die Revision der Krankenversicherung auf die lange Bank geschoben. Seit 35 Jahren besteht ein Verfassungsauftrag an den Bundesrat für den Erlass eines Gesetzes zum Schutz der Mutterschaft. Und seit 35 Jahren werden die Frauen mit Revisionen der Krankenversicherung vertröstet. Das Resultat: im Vergleich mit anderen europäischen Ländern haben die Schweizerinnen den schlechtesten Mutterschutz. Während die Rüstungsaugaben des Bundes ständig steigen, wird in den Sozialversicherungen auf dem Buckel der Frauen gespart.
Die Macht der Männer ist die Geduld der Frauen. Wie lange noch?